

## Willy Brandt, Erinnerungen: Auszug über die Ursprünge der Ostpolitik

**Legende:** In seinen Erinnerungen beschreibt Willy Brandt, ehemaliger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (BRD), die ersten Schritte der Ostpolitik und erinnert an die Reaktionen der westlichen Staaten angesichts dieser Öffnung der bundesdeutschen Außenpolitik.

**Quelle:** BRANDT, Willy. Erinnerungen. Berlin: Siedler, 1999. 527 S. ISBN 3-88680-687-1. p. 186-190.

**Urheberrecht:** Willy Brandt

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/willy\\_brandt\\_erinnerungen\\_auszug\\_uber\\_die\\_ursprunge\\_der\\_ostpolitik-de-1b4f37ab-a591-444f-9a25-2917e685714a.html](http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_erinnerungen_auszug_uber_die_ursprunge_der_ostpolitik-de-1b4f37ab-a591-444f-9a25-2917e685714a.html)

**Publication date:** 03/07/2015

## Willy Brandt, *Erinnerungen*

[...]

Nicht erst als Bundeskanzler, sondern schon Jahre zuvor hatte ich mich zu fragen: Was kann dein Staat, was kann die Bundesrepublik Deutschland tun, um den Frieden sicherer zu machen? Was kann sie und was kannst du tun, um die Folgen des Zweiten Weltkrieges zu überwinden, die Konfrontation abzubauen und - über zweifellos weiterwirkende Gegensätze hinweg - ein System der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa aufbauen zu helfen? Friedenspolitik mußte und muß mehr bedeuten, als vom Frieden zu reden. Mehr, als anderen zu applaudieren oder sie zu kritisieren. Gerade für die Bundesrepublik Deutschland mußte es um konkrete, nicht um verbale Beiträge gehen. Wir durften nicht im Allgemeinen verharren, sondern mußten uns bemühen, der spezifischen Rolle unseres Landes gerecht zu werden.

Mit anderen Worten: Wir durften nicht erwarten, daß andere die Antworten geben würden, die wir selbst zu geben hatten. Wir durften nicht von einer eingebildeten, sondern mußten von der realen Lage ausgehen, wie sie sich ein Vierteljahrhundert nach dem Krieg herausgebildet hatte. Es galt, den weitverbreiteten Hang zur Selbsttäuschung zu überwinden und quasijuristische Formeln nicht mit der Wirklichkeit zu verwechseln. Nur so konnten wir international handlungsfähig werden.

Über den mir zugeschriebenen, dann mit mir identifizierten Begriff »Ostpolitik« war ich nicht glücklich. Aber wie will man etwas einfangen, was sich selbständig gemacht hat und rasch in fremde Sprachen aufgenommen worden ist? Warum behagte mir das Etikett nicht? Ich fürchtete, es laide zu der Vermutung ein, ich hielte die auswärtige Politik für eine Kommode, bei der man mal die eine, mal die andere Schublade aufzieht. Mit meinen Kollegen, nicht zuletzt auch mit dem Außenminister, meinem Stellvertreter im Kanzleramt, ging ich davon aus, daß wir beides zugleich und aufeinander abgestimmt brauchten: die verlässliche Partnerschaft mit dem Westen und die sich mühsam anbahnende, dann auszubauende Verständigung mit dem Osten. Mir war bewußt, daß unser nationales Interesse es keinesfalls erlaube, zwischen dem Westen und dem Osten zu pendeln.

Auf einen einfachen Nenner gebracht: Unsere ostpolitischen Bemühungen mußten mit den westlichen Partnern gut abgestimmt werden und im politischen Gefüge der Atlantischen Allianz verankert sein. Noch einfacher: Unsere Ostpolitik hatte im Westen zu beginnen! Doch die Entwicklung seit den Westverträgen 1955 erforderte möglichst normale und produktive Beziehungen auch zur Sowjetunion und zu den anderen Staaten des Warschauer Paktes. Dieser Normalisierung bedurfte es, damit die Bundesrepublik ihre Interessen in der europäischen Zusammenarbeit annähernd gleichberechtigt wahrnehmen konnte. Wir haben uns also entschlossen, unseren Anteil daran einzubringen, daß sich der Friede auf der Grundlage größtmöglicher Sicherheit ausbreite - »im Bewußtsein unserer besonderen Verantwortung in Europa und nach besten Kräften, die wir aber nicht überschätzen.«

[...]

Gelegentlich ist, nicht selten in ungueter Absicht, vermutet worden, meine Politik könne durch Zweifel an den Absichten der Vereinigten Staaten motiviert worden sein. So war es nicht. Richtig ist allenfalls, daß ich die abzuschätzenden Interessen und eigenen Probleme der Vereinigten Staaten in meine Überlegungen einbezogen habe und auch davon ausgegangen bin, daß sich das amerikanische Engagement in Europa im Laufe der Jahre eher vermindern als verstärken würde. Aber ich habe in aller Deutlichkeit formuliert: Unsere engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten schlossen jeden Zweifel an der Verbindlichkeit der Verpflichtungen aus, die sie für Europa, die Bundesrepublik und West-Berlin übernommen hatten. Unsere gemeinsamen Interessen bedürften weder zusätzlicher Versicherungen noch sich wiederholender Erklärungen. Sie trügen eine selbständigere deutsche Politik in einer aktiveren Partnerschaft.

Und was war mit der Unterrichtung der Westmächte? Mit der Konsultation, soweit ihre weiterwirkenden Rechte in bezug auf »Deutschland als Ganzes« betroffen waren? Es trifft zu, daß wir - auch im Osten - unsere eigenen Dinge selbst vertreten und insofern »gleicher« als zuvor werden wollten. An gleichmäßiger und korrekter Unterrichtung haben wir es jedoch nicht fehlen lassen. Aber Henry Kissinger hat richtig

festgestellt, daß Brandt nicht um Erlaubnis gebeten habe, »sondern um unsere Zusammenarbeit auf einem politischen Kurs, dessen Grundrichtung schon vorausbestimmt war«.

Man muß nicht Kissingers Memoiren gelesen haben, um zu wissen, daß in den westlichen Hauptstädten ein nur mühsam verborgenes Mißtrauen lauerte - nach meiner Wahrnehmung am wenigsten in London; in Paris mit erheblichen Schwankungen zwischen sanftem Verständnis und wilder Spekulation; in Washington lagen die Dinge so einfach, wie es Nixons Sicherheitsberater meinem prominenten Mitarbeiter Paul Frank 1970 sagte: »Wenn schon Entspannung mit der Sowjetunion, dann machen wir sie.«

[...]